

## PROTOKOLL

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am  
Donnerstag, den 06.09.2018,  
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** UKSuT/008/2018  
**Öffentliche Sitzung:** 19:00 Uhr bis 21:42 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

George Trenkler

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Werner Altemöller  
Karl-Heinz Gerling  
Günter Oberschmidt  
Michael Weßler

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Wilhelm Hunting  
Uwe Plaß  
Bernhard Schürmann

Vertretung Herrn Ballmeyer  
Vertretung Frau Kattner-Tschorn

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Silke Meier

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Peter Mittelberg

#### **Mitglied FDP-Fraktion**

Heinrich Thöle

#### **Hinzugewählte**

Fritz Mithöfer  
Volker Tiemeyer

#### **von der Verwaltung**

Stadtbaurat Holger Clodius  
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke  
B.Eng. Thilo Richter  
Udo Jakobs-Lüken

#### **ProtokollführerIn**

Astrid Kuhn

### **Abwesend:**

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Horst Ballmeyer  
Karin Kattner-Tschorn

## **Tagesordnung:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Standortbestimmung der Meller Kläranlagen  
Vorlage: 2018/0211
- TOP 7 Unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0212
- TOP 7.1 Unterjähriger Controllingbericht des Tiefbauamtes für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0221
- TOP 7.2 Unterjähriger Controllingbericht des Umweltbüros für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0220
- TOP 7.3 Unterjähriger Controllingbericht des Baubetriebsdienstes für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0222
- TOP 8 Energiebericht 2016  
Vorlage: 2018/0215
- TOP 9 Antrag an den Rat der Stadt Melle zur Einrichtung einer ämter- und ausschussübergreifenden Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes: "Klimawandel- Auswirkungen und notwendige Maßnahmen in der Stadt Melle."  
Vorlage: 2018/0223
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

In der Einwohnerfragestunde bleiben Fragen seitens der anwesenden Zuhörer aus.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in unveränderter Reihenfolge beschlossen.

## **TOP 4 Genehmigung des Protokolls**

Das Protokoll vom 24.05.2018 wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

## **TOP 5 Bericht der Verwaltung**

Herr Clodius berichtet, dass krankheitsbedingt sich seit der letzten Ausschusssitzung in Sachen Entfristung der zeitlich befristeten Arbeitsverträge der Klimaschutzmanager kein neuer Sachstand entwickelt habe. Er stellt den neuen Leiter des Umweltbüros, Herrn Thilo Richter kurz vor und bittet ihn, selbst noch etwas zu seiner Person zu sagen.

Herr Richter: stellt sich dem Ausschuss vor. (s. Anlage)  
Er freue sich auf die Vielfalt der Aufgaben, habe sich als Ziel die erfolgreiche Weiterführung des Umweltbüros vorgenommen und sei weiterhin Ansprechpartner für die Belange des Umweltbüros und dessen erfolgreiche Kooperationen, wie z.B. KLAR Melle oder das Programm des Naturführers.

### **Sachstand zur Flurbereinigung**

Herr Große-Johannböcke kommt zum nächsten Thema, des Sachstandes zur Flurbereinigung und stellt kurz Herrn Völler vom Amt für regionale Landesentwicklung Geschäftsstelle Osnabrück vor.

Herr Völler berichtet anhand einer PPP vom Sachstand der Flurbereinigung. Teilgebiete seien u.a. der Hochwasserschutz, aber auch die Planung Ökologischer Maßnahmen in Form von Gestaltungs- und Ausgleichsmaßnahmen sowie die Sanierung des Wegenetzes. In Gesmold sei eine Schlussfeststellung bis 2027 geplant.  
Insbesondere die kostenintensiveren Maßnahmen würden bevorzugt abgearbeitet, um die Zuschüsse im Budgetrahmen des Landes sicherzustellen.

Herr Große-Johannböcke berichtet, dass das erste Wegebaupaket verabschiedet, ausgeschrieben und inzwischen auch beauftragt sei. Das zweite Wegebaupaket würde momentan zusammengestellt und solle im Winter/Frühjahr ausgeschrieben werden. Im Rahmen des Hochwasserschutzes sei der Fortschritt der verschiedenen Retentionsraumerschließungen unterschiedlich. In der Nachbargemeinde Hilter/Borgloh sei

im Bereich Königsbach eine größere Hochwasserschutzmaßnahme planerisch in Angriff genommen worden. Die Schaffung eines dortigen Retentionsraumes würde auch der Hochwassersituation in Gesmold zu Gute kommen.

Anhand des Beispiels der Uhle zeigt er eine umgesetzte ökologische Maßnahme, welche Bestandteil des Gestaltungsplanes der Flurbereinigung Gesmold sei. In Gesmold selber sei man im Gespräch mit den Grundstücksbesitzern. Das Amt für regionale Landesentwicklung agiere helfend, für die Umsetzung sei allerdings die Stadt Melle zuständig.

Auf die Frage von Herrn Schürmann, ob die Grundstückseigentümer Gesprächsbereitschaft zeigten, antwortet er, dass diese durchaus den Handlungsbedarf sähen, es jedoch Uneinigkeit über die Standorte und die Art der Entschädigung für die betreffenden Flurstücke gäbe. Zudem hätten die Grundstückseigentümer einen eigenen Gutachter beauftragt, der diverse alternative Standortvorschläge unterbreitet habe, die jetzt durch das Büro IDN auf ihre Machbarkeit überprüft und mit der unteren Wasserbehörde abgestimmt würden. Bei der optimalen Bereitstellung aller Retentionsflächen der Maßnahme Hase-Königsbach in Gesmold würde maximal ein Volumen von 330.000 m<sup>3</sup> Wasser erreicht. Man müsse Lösungen mit den Eigentümern finden, da selbst bei dieser Größenordnung Überschwemmungen unvermeidbar seien.

Herr Altemöller möchte wissen, ob es einen Baustopp für die Maßnahme Borgloh gäbe.

Herr Große-Johannböcke bejaht die Frage und erklärt, dass im II. Bauabschnitt belastetes Fräsgut (PAK) gefunden worden sei. Daraufhin sei für den Wegebau in Gesmold eine Nachuntersuchung des Straßenmaterials durch die Firma Sack & Temme beauftragt worden. Die Untersuchungsergebnisse seien in der Ausschreibung eingeflossen, damit es nicht zu Nachträgen wie in Borgloh käme.

Die Frage von Herrn Schürmann, ob es bei den Flurbereinigungsmaßnahmen zu Breitenänderungen der Straßen käme, beantwortet er dahingehend, dass das Mindestbreitenmaß 3 m betrüge. Aber auch breitere Straßen blieben in Ihrer Ausdehnung erhalten. Herr Völler ergänzt, dass dazu noch befahrbare Bankette zwischen 50-70 cm kämen.

Herr Trenkler möchte wissen, ob Belastungen im Asphalt durch Regen ausgewaschen würden.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass das nicht der Falls sei. Jedoch würden bei Bewegung/Sanierung Schadstoffe freigesetzt und somit müsse das Material teuer entsorgt werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Große-Johannböcke und Herrn Völler für die Ausführungen und kommt zum nächsten Punkt.

### **Sachstand der Radwege an klassifizierten Straßen**

Herr Große-Johannböcke informiert zunächst über die Prioritätenliste des Landes für den Bau an Landesstraßen und den Stand der Radwegeplanung an Kreisstraßen. (s. Anlage) Einzelne Radwegabschnitte werden diskutiert, da sie aufgrund ihrer topographischen Lage sehr kostenintensiv oder aufgrund von fehlender Anbindung/Weiterführung im westfälischen Gebiet weniger sinnvoll erscheinen.

Herr Schürmann hinterfragt die Sinnhaftigkeit eines Radweges, welcher von Neuenkirchen nur bis zur Haller Str. reicht und aufgrund der Lage kostenintensiv würde.

Herr Plaß erkundigt sich, ob es auf westfälischer Seite Anstrengungen gäbe, den Radweg der Borgholzhausner Str. auch über die Landesgrenze weiterzuführen, was Herr Große-Johannböcke verneint. Es habe eine Bürgerinformation gegeben, in der von einer Planung bis zur Landesgrenze gesprochen wurde. Allerdings halte er es für sinnvoll, zunächst nur bis zum Lütkemühlenweg zu bauen.

Herr Hunting berichtet, der LK Osnabrück beabsichtige den Radweg an der Haller Str. mit einem Anschluss bis Nordrhein Westfalen zu verbinden. Dieser solle jedoch nicht bis zur Redecker Straße geführt werden, sondern vorher an das untergeordnete Wegenetz der Stadt Melle angebunden werden.

Herr Oberschmidt fragt an, ob es Planungen für einen Radweg entlang der K209 Groß-Aschen gäbe. Herr Große-Johannböcke konnte hierzu keine Angaben machen, wollte den Sachverhalt jedoch beim LK Osnabrück nachfragen und die Antwort an das Protokoll hängen.

#### Anmerkung nach der Sitzung:

*Antwort des LK Osnabrück: Der LK Osnabrück hat die Sanierung der K209 in ihrer Prioritätenliste, jedoch auf den hinteren Plätzen, so dass mit einer Realisierung erst in etwa 15 bis 20 Jahren zu rechnen sei. Derzeit würde ein Radweg jedoch noch nicht berücksichtigt.*

### **Förderung des Stadtgrüns**

Herr Große-Johannböcke berichtet, dass Städtische Flächen, insbesondere auf den Kläranlagen, in einer Summe von 1 Hektar mit drei verschiedenen Saatgutmischungen naturnah begrünt werden sollen. Beginn der Einsaat ist im September 2018.

Zu dem Umfang von Altablagerungen im Gebiet der Stadt Melle, informiert Herr Große-Johannböcke über 129 Standorte, für die im Bedarfsfall in etwa 10% die Stadt Melle als Rechtsnachfolger der Gemeinden zuständig sei.

Herr Mittelberg erkundigt sich, ob diese Standorte im Falle einer Bebauung problematisch würden.

Die Herangehensweise würde von der Nutzung der erforderlichen Fläche abhängen, beantwortet Herr Große-Johannböcke. Eine Möglichkeit sei die Abkapselung der Altablagerung, eine andere das Abfahren. In einem Fall sei z.B. der Regenwasserkanal gekappt worden, da die Verrohrung defekt gewesen sei und an der Deponie vorbeigeführt worden. Hier würde ein Monitoring stattfinden um die Belastung des Regenwassers auszuschließen.

Herr Mithöfer hält die Anzahl der Standorte für wenig. Er selbst habe in früheren Jahren das Abladen von Müll durch eine Automobilfirma beobachtet.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass die 129 Standorte durch intensive Nachforschungen, z.B. auch durch die Befragung von Zeitzeugen, ermittelt wurden.

### **Klimaschutzmanagement**

Herr Jakobs-Lüken berichtet von Themen des Klimaschutzmanagements. Bislang gäbe es zwei Elektro-Ladesäulen in Melle, an den Standorten der Firma Stein am Maschweg und bei Metank in Gerden. Drei weitere Ladesäulen würden in Kooperation mit Firma Innogy und der Stadt Melle am Bahnhof, auf dem Parkplatz Böckmann und am GrönegauBad bis Ende des Jahres entstehen. Die Kosten für zwei weitere Standorte an der Berufsbildenden Schule und

der vor Wohnungsbaugesellschaft Grönegau würden vom Land (BBS) und der Wohnungsbaugesellschaft übernommen. Zudem würden durch die Unterstützung durch die Förderrichtlinien der Stadt Melle noch weitere Standorte von Meller Firmen umgesetzt.

Auf die Frage von Herrn Gerling nach der Leistung der Ladesäulen, antwortet Herr Jakobs-Lüken, dass jede Ladesäule zwei Plätze mit jeweils 22kW haben werde und mit einem Anschlusskabel mit 43 kW versorgt werde.

Ein weiterer sei es, die Elektromobilität der Stadt zu verbessern. Ein Förderantrag zur Anschaffung weiterer E-Fahrzeuge sei beim Bund gestellt und ein Zuschuss von 53.000,00 Euro bewilligt worden, von dem 3 Fahrzeuge (für den Baubetriebsdienst, das Wasserwerk und das Hauptamt) angeschafft werden sollten.

Aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit berichtet er, dass beim Aktionstag des TSV Westerhausen, mit dem Thema „Sport und Natur“, auch ein Infostand der Stadt Melle vertreten gewesen sei. Dort seien Auskünfte zum Konzept „Klimaschutz Alltag“ gegeben worden. Leider sei eine derartige Beteiligung regelmäßig nicht möglich, da dafür Personal fehle. Finanziell beteiligt habe die Stadt sich an der Veranstaltung der Firma Tiarks anlässlich des 45-jährigen Firmenjubiläums, in der mehrere Vorträge in der alten Stadthalle zum Thema Klimaschutz gehalten würden. Er lade alle Anwesenden herzlich ein, daran teilzunehmen.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Vortragenden und leitet auf den Tagesordnungspunkt 6 über.

## **TOP 6      Standortbestimmung der Meller Kläranlagen** **Vorlage: 2018/0211**

Herr Große-Johannböcke erläutert mit Hilfe einer PPP den Tagesordnungspunkt. Die Kläranlage Buer solle aufgrund der veralteten Technik und dem hohen Aufwand an Sanierungskosten, aber auch aus Wirtschaftlichkeitserwägungen in Bezug auf die zentralere Abwasserbehandlung in der Kläranlage Melle, geschlossen werden und als Pumpwerk mit Druckrohrleitung nach Melle-Mitte umgebaut werden. Die Kläranlage Melle-Mitte solle saniert werden und das ungenutzte Längsbecken den neuen Anlagen weichen. Kläranlage Melle-Gesmold solle eine Klärschlammmentwässerung mit Lagerplatz erhalten, da so die Klärschlammengen reduziert werden könnten und dort noch Flächen verfügbar seien. Auch der Klärschlamm aus Melle-Wellingholzhausen könne dort entwässert werden. Angestrebt sei eine Volumenreduktion von 75%.

Herr Mittelberg hinterfragt, ob die Volumenangabe von 75% tatsächlich erreicht würde oder ob sie lediglich erreichbar seien. Herr Große-Johannböcke erklärt, dass es grundsätzlich die Möglichkeit gäbe Schnecken oder Zentrifugen zur Entwässerung einzusetzen. In Gesmold habe der Test mit einer Zentrifuge das bessere Ergebnis gebracht. Man habe tatsächlich eine Entwässerung von 75% erreicht.

Die Frage von Frau Meier bezüglich des Transportes des Klärschlammes von Wellingholzhausen nach Gesmold beantwortet er damit, dass der Klärschlamm wie bisher mit einem Transportfahrzeug gefahren würde.

Herr Oberschmidt erkundigt sich, ob eine insgesamt zentrale Kläranlage nicht auf Dauer die wirtschaftlichste Lösung sei. Da die Sanierung der alten Anlagen hohe Kosten verursache, sei der Zeitpunkt für die Investition in eine große und zentrale Anlage für das gesamte Stadtgebiet richtig.

Herr Große-Johannböcke erwidert, dass diese Idee an der Flächenverfügbarkeit scheitere. Trotzdem sei der Kläranlagen-Standort in Melle-Mitte der Beste, der aufrechterhalten und

ausgebaut werden müsse. Der Umbau sei ein langer Prozess, da alte Anlagen z.T. abgerissen werden und durch neue ersetzt werden müssten. Auch in Bruchmühlen würde der Umbau der Kläranlage zu einer Pumpstation und einer Druckrohrleitung nach Melle auf Dauer der wirtschaftlichste Weg sein.

Herr Schürmann will wissen, ob bei der Abwasserentsorgung die Themen „Mikroplastik“ und „Medikamente“ eine Rolle spielten oder ob diese bei der Verbrennung unschädlich gemacht würden.

Herr Große-Johannböcke antwortet, dass Mikroplastik vorwiegend durch den Straßenverkehr freigesetzt würde (Brems- und Reifenabrieb) und somit dort das Problem viel größer sei. In der Abwasserentsorgung sei das Problem geringer, da das Mikroplastik sich zu großen Anteilen an den Schlamm hefte und dann verbrannt wird.

Zum Thema Mikroplastik und Abwasser schildert Herr Trenkler die Untersuchung einer 9-jährigen, die für „Jugend forscht“ Wasserproben aus den unterschiedlichsten Gewässern genommen und geprüft habe. Auch das geklärte Wasser der Meller-Kläranlage sei in einer ihrer Proben gewesen. Leider habe man aber bisher kein Ergebnis ihrer Untersuchungen bekommen.

Herr Große-Johannböcke berichtet weiter, dass die chemische Umwandlung der Mikroplastik- und Medikamentenpartikel oft schädlicher sei, als der Ausgangsstoff. Eine landwirtschaftliche Nutzung würde nicht mehr erfolgen. Auf die Frage von Herrn Hunting, nach der erwarteten Zeitschiene für die Sanierungsarbeiten und der daraus resultierenden notwendigen Bereitstellung von Mitteln im Doppelhaushalt sowie der Folgekosten der Druckrohrleitungen antwortet Herr Große-Johannböcke, dass die Kosten und Folgekosten in einer früheren Sitzung durch das Ing. Büro Dr. Wolf bereits aufgezeigt worden seien. Erfahrungen mit einem ähnlichen Model in Schiplage belegten, dass der Transport des Abwassers über die Druckrohrleitungen unproblematisch sei. Die Kosten für die Sanierungsarbeiten seien über die Jahre verteilt im Haushalt angemeldet.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis

Der Vorsitzende leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

**TOP 7      Unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für  
Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag  
30.06.2018  
Vorlage: 2018/0212**

Zunächst erkundigt sich Herr Große-Johannböcke nach Fragen zu den Informationsvorlagen der Produkte des Tiefbauamtes, des Umweltbüros und des Baubetriebsdienstes.

Herr Schürmann würde gerne wissen, wie viel einsatzbereite Fahrzeuge im Maschinenpark vorrätig sind. Insbesondere hält er es für ungünstig, wenn die Gemeindeteile sich die Benutzung eines Rasenmähers teilen müssten. Er bittet um Mitteilung des Sachstandes.

Anmerkung nach der Sitzung:

*Auskunft durch Herrn Schiller-Brinker (Amtsleiter städt. Bauhof):*

*Das Meller Stadtgebiet ist in den „West-Pool“ (Oldendorf, Gesmold u. Wellingholzhausen) und den „Ost-Pool“ (Buer, Riemsloh, Neuenkirchen und Bruchmühlen) aufgeteilt.*

*Bisher gab es für jeden Pool je einen Rasenmäher. Für das HH-Jahr 2019 wurde für den West-Pool für jedes Stadtgebiet ein Rasenmäher angemeldet.*

<i>KFZ in Stadtteilen</i>	7
<i>KFZ städt. Bauhof</i>	26
<i>Anhänger Stadtteile</i>	10
<i>Anhänger städt. Bauhof</i>	12

*Oldendorf und Gesmold teilen sich einen Streu-Anhänger und einen Hako-Trac Anhänger, KFZ und Anhänger sind in jedem Stadtteil vorhanden. Neuenkirchen verfügt über einen 2. Anhänger.*

Auch Herr Weßler stimmt dem zu, da durch die Anschaffung von zusätzlichen Rasenmähern eine Zeitersparnis erreicht werden könne. Im Ortsrat Gesmold habe man bereits darüber diskutiert und die Haushaltsplanung dementsprechend aufgestellt. Außerdem ist er der Meinung, dass die Teilzeit-Stellen der städt. Gärtner auf ganze Stellen erhöht werden sollten.

Herr Mittelberg kommt auf das Thema Pestizide zurück, die laut Ratsbeschluss vom 13.06.2018 vermieden werden sollten. Falls diese nicht so gering seien, dass sie nicht weiter ins Gewicht fallen, würde er im nächsten Controlling Bericht gerne eine Abgrenzung zu den Mehrkosten haben, die durch den Verzicht auf Pestizide entstanden sind.

Auf die Nachfrage von Herrn Weßler zu dem Stand der Baumaßnahme des Feuerlöschteiches im Gewerbegebiet Melle-Gesmold, gibt Herr Große-Johannböcke zur Antwort, dass die Ausschreibung im Prozess sei. Allerdings müsse man den Firmen ein ausreichendes Zeitfenster einräumen, da die Auftragslage der Firmen gut sei und eine Befristung zu höheren Preisen führen würde.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

Der Vorsitzende leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

**TOP 7.1 Unterjähriger Controllingbericht des Tiefbauamtes für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0221**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

**TOP 7.2 Unterjähriger Controllingbericht des Umweltbüros für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0220**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

**TOP 7.3 Unterjähriger Controllingbericht des Baubetriebsdienstes für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau zum Stichtag 30.06.2018  
Vorlage: 2018/0222**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.



**TOP 8      Energiebericht 2016**  
**Vorlage: 2018/0215**

Herr Jakobs-Lüken stellt den Energiebericht anhand einer PPP vor. (s. Anlage)  
Anschließend möchte Herr Trenkler wissen, welche Optionen es gäbe die beschriebenen Handlungsfelder auch umzusetzen.

Die Maßnahmen würden zusammen mit dem Gebäudemanagement geprüft und je nach Wirtschaftlichkeit umgesetzt, antwortet Herr Jakobs-Lüken.

Herr Große-Johannböcke ergänzt, dass die Kläranlagen zwar einen hohen Anteil der Energiekosten verursachen würden, dass aber Einsparungen durch die bislang erfolgten Sanierungsmaßnahmen und die neuere Technik erfolgt sind und trotz gesteigerter Leistung keine signifikante Steigerung des Energieverbrauches zu beobachten sei. Zudem sei in früheren Jahren Strom durch dieselbetriebene Stromaggregate gewonnen worden. Diese Werte seien nicht in der Statistik wiederzufinden.

Ein weiterer Punkt sei der Stromverbrauch der Straßenlaternen. Zwar wäre der Gesamtverbrauch gestiegen, der durchschnittliche Verbrauch der einzelnen Laterne jedoch dank der Umrüstung auf energiesparende LED-Technik gesunken.

Herr Weßler weist darauf hin, dass schon durch den Wechsel von herkömmlichen auf Ökostrom der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert worden sei.

Frau Meier ist der Meinung, dass die vielen unterschiedlichen Maßnahmen „Step by Step“ umgesetzt werden könnten. Konkrete Ansätze müssten für die Anmeldung von Haushaltsmitteln erarbeitet werden.

Herr Schürmann schlägt vor, die Beschäftigten, insbesondere Schulleitungen und Hausmeister, mehr für das Thema Energiesparen zu sensibilisieren. Da im Stadthaus im Jahr 2017 12% Energie eingespart werden konnten, ohne dass dort Sanierungsmaßnahmen erfolgt seien, hält er dieses auch in Schulen für möglich.

Erste Gespräche mit den Hausmeistern seien schon geführt worden erwidert Herr Jakobs-Lüken. Eine Rückkopplung mit den Hausmeistern sei in Planung.

Frau Meier regt an, nicht nur Hausmeister für dieses Thema zu sensibilisieren, sondern auch die Lehrkräfte miteinzubeziehen.

Herr Hunting weist auf mögliche andere Energiequellen, wie z.B. PV-Anlagen oder das Heizen mit Holzhackschnitzeln hin, die als Alternative zu den ineffizienten Energiequellen eingesetzt werden könnten.

Herr Jakobs-Lüken unterstützt das Ausbaupotential der Stadt Melle im Hinblick auf die PV-Anlagen, schränkt aber ein, dass viele Dächer auf städtischen Gebäuden verpachtet seien.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Fragen und leitet dann auf den nächsten Tagesordnungspunkt über. Da hier Antragssteller das Bündnis 90/die Grünen sind, gibt er den Vorsitz für die Dauer der Beratung an seine Stellvertretung, Herrn Weßler, weiter.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis.

**TOP 9      Antrag an den Rat der Stadt Melle zur Einrichtung einer**  
**ämter- und ausschussübergreifenden Arbeitsgruppe zur**  
**Erarbeitung eines Handlungskonzeptes: "Klimawandel-**  
**Auswirkungen und notwendige Maßnahmen in der Stadt**  
**Melle."**  
**Vorlage: 2018/0223**

Herr Trenkler erläutert den Antrag des Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke anhand der Informationsvorlage. Er zeigt auf, dass bereits jetzt deutliche Auswirkungen des Klimawandels zu beobachten seien und unterstreicht den Handlungsbedarf. Die ämter- und ausschussübergreifende Arbeitsgruppe solle notwendige Maßnahmen erarbeiten und koordinieren. Er verweist auf das Leitbild der Stadt Melle „Wir verstärken die nachhaltige und

ökologische Stadt- und Regionalentwicklung“ und auf die Handlungsschwerpunkte 4.5 „Kommunalen Klimaschutz der Stadt Melle fördern“ und 4.7 „Vorsorgenden Gewässerschutz in den Wasserschutzgebieten“.

Herr Weißler bedankt sich für den Vortrag und bittet die Anwesenden um Stellungnahme.

Herr Oberschmidt erklärt stellvertretend für die CDU-Fraktion, dass er den Antrag nicht unterstütze. Die vorhandenen Ausschüsse seien ausreichend und deren Aufgaben gut platziert. Zudem bedeute die Schaffung einer solchen Arbeitsgruppe einen Mehraufwand für Verwaltung und Politik.

Herr Mittelberg, als Stellvertreter der UWG ist der Meinung, dass bei näherer Betrachtung die gegebenen Ressourcen und Möglichkeiten ausreichen. Auch die Möglichkeit der ausschussübergreifenden Zusammenarbeit sei grundsätzlich gegeben. Alle Gremiumsmitglieder seien hier gefordert, Hindernisse zu überwinden und sich aktiv für den Klimaschutz einzusetzen. Seine Fraktion enthalte sich darum.

Frau Meier unterstützt den Antrag. Sie verweist auf das Grußwort des Bürgermeisters aus der aktuellen Quartal-Ausgabe, in der auch dieser auf die Herausforderungen des Klimawandels, insbesondere auch für die Verwaltung, hingewiesen habe. Sie hebt die hohe Verantwortung für Politik und Verwaltung hervor, auf die Themen des Klimawandels einzugehen und mitzuwirken. Hier nimmt sie ein Defizit wahr, da außer der Arbeit der Klimamanager wenig speziell zu diesem Thema getan würde.

Herr Clodius bestätigt, dass sich nicht nur die Arbeit der Klimaschutzmanager mit der Thematik auseinandersetze. Aber auch andere Ausschüsse und Verwaltungsbereiche beschäftigten sich wesentlich bereits heute mit den Folgen des Klimawandels und möglichen Anpassungsmaßnahmen. Als Beispiel nennt er Festsetzungen im Zuge von Bebauungsplänen und auch Hochwasserschutzmaßnahmen. Wichtig sei, dass das Vorgehen der Verwaltung koordiniert sei. Die im Antrag vorgeschlagene Vorgehensweise halte er für sehr aufwändig und derzeit von der Verwaltung nicht leistbar.

Frau Meier bemängelt, dass die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen häufig an Wirtschaftlichkeitsabwägungen scheitert. Ihrer Meinung nach, sollte Klimaschutz nicht nur aus Sicht der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden.

Herr Schürmann erklärt stellvertretend für die SPD, dass auch er keine Notwendigkeit zur Schaffung einer neuen Arbeitsgruppe sehe. Bereits jetzt würde auf dieses Thema z.B. bei der Planung von Bebauungsplänen eingegangen und auch im Hochwasserschutz sei die Stadt gut aufgestellt. Eine ämterübergreifende Zusammenarbeit würde im Bedarfsfall auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgen.

Herr Große-Johannböcke ergänzt, dass die Stadt Melle Regenrückhaltung für Starkregenereignisse in einem 10-Jahres Zeitraum plant. Gesetzlich wird eine deutlich niedrigere Zeitspanne von 5 Jahren vorgeschrieben. Hinweisen aus dem Energiebericht würde nachgegangen werden und wenn möglich, würden diese auch umgesetzt.

Herr Thöle als Stellvertreter der FDP ist der Meinung, dass in der Stadt Melle sehr sensibel mit dem Thema Klimaschutz umgegangen werde. Als Beispiel nennt auch er den Hochwasserschutz und die Bebauungspläne. Es müsse Geld für die Sanierung von CO<sub>2</sub>-intensiven Gebäuden in die Hand genommen werden – auf der anderen Seite müssten aber auch die Kosten im Blick behalten werden. Aus diesen Gründen unterstütze auch die FDP den Antrag nicht.

Herr Hunting hält die innere Einstellung zu dem Thema für wichtig. Dem Druck von Bürgern, die sich über Laub und Dreck von Bäumen beschwerten, dürfe nicht nachgegeben werden. Auch sieht er die Politik in der Verantwortung, die zunehmende Schotterung von Vorgärten mit Vorgaben in den Bebauungsplänen zu verhindern und die klimafreundliche Begrünung festzuschreiben.

Frau Meier unterstützt die Ausführungen von Herrn Hunting, unterstreicht aber auch den Vorbildcharakter der Verwaltung. So seien die gefälltten Bäume am Schürenkamp bisher nicht ersetzt worden. Zudem sei der Vorgarten des neu gestalteten Engelgartens gepflastert worden, statt eine Grünfläche anzulegen. Das Augenmerk sollte bei den städt. Gärtnern auf weitere Schaffung von begrünten Flächen liegen.

Herr Trenkler erklärt, dass seine Fraktion den Antrag nicht als Kritik an der Verwaltungstätigkeit gestellt habe, sondern als Möglichkeit eine Konzeptentwicklung zu erarbeiten, auf der man später aufbauen könne. Da er die Vorstellung hatte, dass sich die Arbeitsgruppe nicht monatlich, sondern z.B. quartalsweise träfe, wäre auch der Zeitaufwand überschaubar.

Herr Weßler stellt fest, dass die Behandlung des Themas Klimaschutz weiterhin vom Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt Straßen- und Tiefbau wahrgenommen wird und übergibt den Vorsitz wieder an Herrn Trenkler.

Herr Weßler bittet um Abstimmung zum Antrag.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau lehnt den Antrag mit 8 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab.

## **TOP 10    Wünsche und Anregungen**

Herr Mittelberg erkundigt sich nach der Baumbepflanzung an der L91. Die Bäume seien durch Salz und Sonne in einem bedauernswerten Zustand. Er bittet darum, die Landesbehörde darüber zu informieren und falls möglich, Abhilfe zu schaffen. Anmerkung Protokoll: Bei der L91 handelt es sich um eine Landesstraße, deren Zuständigkeit bei der Straßenmeisterei Bad Iburg liegt. Nach Information der Behörde sollen die Bäume zu einem späteren Zeitpunkt nachgepflanzt werden.

Frau Meier regt an, die Pflege von jungen Linden an den Landstraßen (z.B. Riemsloher Str., Herforder Str.) mit den Nachbarn, Anliegern, Landwirten und Gartenbauunternehmern frühzeitig abzusprechen. Diese könnten die Kommunen, den Landkreis und das Land unterstützen. Außerdem bittet sie um die Klärung folgender Punkte im Protokoll:

1. Die Anzahl der Bäume, die die lange Trockenheit nicht überstanden haben (mit Bitte um zeitnahe Ersatzpflanzungen)
2. Warum der Efeu am Friedensgarten entfernt wurde.
3. Am Denkmalsweg seien 15 neue Bäume gepflanzt worden, davon seien 2 abgängig. Wann mit einer Ersatzbepflanzung gerechnet werden könne?
4. Wann, wo und wie mit einer Ersatzbepflanzung der gefälltten Linden am Schürenkamp gerechnet werden könne?

### Anmerkung nach der Sitzung:

*Antwort des Umweltbüros zu den Fragen von Frau Meier;*

1. *Die Anzahl vertrockneter Bäume kann derzeit nicht abschließend beantwortet werden. Trockengeschädigte Gehölze werden im laufenden Betrieb dokumentiert. Zweifellos tote Gehölze werden im kommenden Herbst/Winter entfernt. Bei*

*vermutlich abgängigen Gehölzen wird bis zum Austrieb im Frühjahr 2019 mit einer abschließenden Beurteilung gewartet. In dem Zuge sollen tote Gehölze entfernt und im Herbst 2019 ersetzt werden. Das Umweltbüro hat eine Anfrage an die Bürgerbüros und den Baubetriebsdienst verschickt mit der Bitte, vertrocknete Gehölze zu melden.*

- 2. Die Kappung von Efeu an städtischen Bäumen erfolgte im Zuge der Ersterfassung für das Baumkataster. Zur Erbringung der Verkehrssicherungspflicht wurde an Straßen und Parkanlagen der Efeu-Bewuchs im unteren Stammholz zwecks Sicht- und Schadkontrolle gekappt. Die Ranken verbleiben zunächst an den Gehölzen und werden erst nach Abschluss der Brutzeit sukzessive entfernt.*
- 3. Die Ersatzpflanzung für zwei vertrocknete Gehölze am Denkmalsweg sowie die Pflanzung von sich zu entwickelnden Sträuchern wird vrs. im Herbst 2018 durchgeführt.*
- 4. Die Beantwortung der Frage nach der Ersatzbepflanzung der Linden am Schürenkamp wird zur nächsten Ausschusssitzung mündlich nachgereicht.*

Herr Tiemann bezeichnet die Schaffung der 1 Hektar großen Blühflächen auf den Kläranlagengeländen als vorbildlich. Allerdings könne er nicht nachvollziehen, warum das Efeu an den Bäumen so drastisch gekappt würde, da diese als Lebensquell für viele Insekten dienen.

Herr Weißler weist darauf hin, dass das Gras am Fahrbahnteiler des Verkehrskreisels an der Riemsloher Straße / Nachtigallenstraße sehr hoch sei – er mache insgesamt einen ungepflegten Eindruck. Herr Trenkler erkundigt sich, warum allgemein die Fahrbahnteiler und Verkehrsinseln nicht begrünt würden.

Herr Große-Johannböcke gibt zur Auskunft, dass die Verkehrsknotenmittelpunkte von der Stadt Melle zur Pflege in Patenschaft gegeben worden seien. Hier seien verschiedenste Gestaltungsmöglichkeiten der Firmen vorhanden. Die Fahrbahnteiler seien in der Vergangenheit vom Land Niedersachsen begrünt gewesen – allerdings sei aufgrund eines Zaunes die Pflege schwierig gewesen und wurde eingestellt. Im Zuge der Straßensanierung hat man sich dann für eine Auspflasterung entschieden.

gez. 24.10.2018  
George Trenkler  
Vorsitzende/r  
(Datum, Unterschrift)

gez. 24.10.2018  
Holger Clodius  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

gez. 19.10.2018  
Astrid Kuhn  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)